

Arbeitsmarktreformen in Deutschland: Hohe soziale Kosten ohne gesamtwirtschaftlichen Nutzen

Simon Sturn
Till van Treeck

Der deutsche Arbeitsmarkt hat jüngst sehr positiv überrascht. Lässt sich diese Entwicklung mit der vorangegangenen Deregulierung des Arbeitsmarktes erklären? Der vorliegende Aufsatz antwortet mit einem „Nein“: Mit dem jetzigen Arbeitsmarktwunder haben die Reformen nichts zu tun. Sie gingen allerdings mit einer extremen Zunahme der Ungleichheit in den letzten Jahren einher und beförderten ein nicht nachhaltiges, einseitig auf den Export fixiertes Wachstumsmodell in Deutschland. Eine wirtschaftspolitische Kursänderung ist notwendig.

1 Einleitung

Die Debatte um Erfolg und Misserfolg der deutschen Arbeitsmarktreformen dauert an – und sie wird nach wie vor kontrovers geführt. Auf der einen Seite meinen viele, die Reformen hätten den starken Rückgang der Arbeitslosigkeit im letzten Aufschwung sowie die positive Entwicklung des Arbeitsmarkts seit Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007/08 maßgeblich befördert (z. B. SVR 2008; Boss et al. 2009; Kohns in diesem Heft). Auf der anderen Seite sind viele Beobachterinnen und Beobachter beunruhigt, angesichts der im internationalen Vergleich sehr starken Zunahme von Einkommensungleichheit und Armut in Deutschland, und sie führen diese Entwicklung nicht zuletzt auf die Institutionen am Arbeitsmarkt zurück (z. B. Eichhorst et al. 2009). Zudem gibt es vermehrt internationale Kritik (etwa von Seiten der französischen und der US-amerikanischen Regierung) an Deutschlands stagnierender Binnenkonjunktur bei hohen Außenhandelsüberschüssen auf Kosten der europäischen Nachbarländer. Auch diese Entwicklung sei – so die Kritiker – durch die schwache Lohnentwicklung infolge der Reformen mit verursacht worden.

In diesem Artikel zeigen wir, dass die angeblichen Erfolge der deutschen Arbeitsmarktreformen gemessen an ihren Zielen (Abschnitt 2) in vielerlei Hinsicht zweifelhaft sind. Mit einem Vergleich verschiedener konjunktureller Zyklen (Abschnitt 3) wird illustriert, dass das Wachstum von Beschäftigung und Ar-

beitsvolumen im letzten wirtschaftlichen Aufschwung – dem Aufschwung nach den Reformen – nicht besonders stark gewesen ist. Dies gilt sowohl im Vergleich zum vorangegangenen Aufschwung Ende der 1990er Jahre, vor allem aber im Vergleich zu anderen europäischen Ländern. Damit soll nicht gesagt sein, dass die deutschen Arbeitsmarktreformen nicht auch einzelne positive Elemente enthielten. Der Vergleich mit anderen Ländern offenbart aber, dass alternative Strukturreformen am Arbeitsmarkt – etwa die Einführung der 35-Stunden-Woche bei zugleich hohen Mindestlöhnen in Frankreich – sowohl mit einer besonders guten Beschäftigungsentwicklung einhergehen als auch mit einer vergleichsweise erfreulichen Entwicklung der Einkommensverteilung vereinbar sein können (Abschnitt 4). Demgegenüber war die Arbeitsmarktpolitik in Deutschland mit hohen gesellschaftlichen Kosten in Form von höherer Ungleichheit und größerem individuellen Stress für die Betroffenen verbunden.

Darüber hinaus ist aus unserer Sicht das durch die Arbeitsmarktderegulierung beförderte „Wachstumsmodell“ Deutschlands auch makroökonomisch nicht nachhaltig. Da in den letzten zehn Jahren nur noch die oberen Einkommensgruppen reale Einkommenszuwächse zu verzeichnen hatten (Bach/Steiner 2007; Grabka/Frick 2010) und die weniger reichen Privathaushalte ihre stagnierenden Einkommen nicht durch eine übermäßige Kreditaufnahme kompensiert haben – anders als etwa in den USA, Großbritannien oder Spanien –, leidet Deutschland seit Langem unter einer zähen Konsumnachfrageschwäche. Dabei trug die Deregulierung des Arbeits-

markts neben anderen Faktoren (vgl. hierzu Bispinck/Schulten 2009) zur weiteren Erosion der ab den 1990er Jahren ohnehin stark sinkenden Lohnverhandlungsmacht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei. Dies schwächte im Zusammenspiel mit sozial- und steuerpolitischen Entscheidungen die Entwicklung der verfügbaren Einkommen für die breite Masse der Bevölkerung. Gleichzeitig ging die schwache Lohnentwicklung in Deutschland mit zu niedrigen – gemessen am Inflationsziel der Europäischen Zentralbank – und somit aus Sicht der Währungsunion stabilitätswidrigen Preissteigerungsraten einher. Diese verbesserten einerseits die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporte und führten andererseits zu überhöhten Realzinsen, die die binnenwirtschaftliche Nachfrageschwäche weiter verstärkten. Wie die aktuelle Krise des Euroraums zeigt, sind die deutsche Lohnzurückhaltung und das sehr stark von Exportüberschüssen abhängige deutsche Wachstumsmodell auf längere Sicht nicht nachhaltig und gefährden die Europäische Währungsunion (Abschnitt 6).

Simon Sturn ist Wissenschaftler am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkt: Gesamtwirtschaftliche Analyse des Arbeitsmarktes.

e-mail: Simon-Sturn@boeckler.de

Till van Treeck, Dr., ist Wissenschaftler am IMK. Arbeitsschwerpunkt: Allgemeine Wirtschaftspolitik.

e-mail: Till-van-Treeck@boeckler.de

2

Ziele der Arbeitsmarkt-reformen

Seit Ende der 1990er Jahre wurde in Deutschland immer wieder behauptet, die hohe Arbeitslosigkeit sei Folge einer zu geringen Flexibilität des Arbeitsmarkts, zu hoher Lohnabschlüsse relativ zum Produktivitätswachstum und einer zu geringen Lohnungleichheit (vgl. z. B. SVR 1999, 2000; Sinn 2004). All diese Faktoren führten dazu, dass die strukturelle Arbeitslosigkeit hoch sei. Nach verbreiteter Lehrmeinung könne diese reduziert werden, indem der Arbeitsmarkt dereguliert und der Druck auf die Arbeitslosen erhöht werden (vgl. z. B. Layard et al. 1991). Denn eine solche Deregulierung schwäche die Lohnverhandlungsmacht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, führe zu höherer Vermittlungseffizienz und geringerem Lohndruck und erlaube daher mehr Beschäftigung bei konstanter Inflationsrate.

Diese Forderung nach Deregulierung war zwar durch die internationale empirische Fachliteratur nie überzeugend abgesichert.¹ Dennoch waren bereits Ende der 1990er Jahre erste Schritte in diese Richtung unternommen worden (vgl. Eichhorst et al. 2009; Logeay/Zwiener 2008). Bei sinkender Gewerkschaftsdichte und abnehmender Tarifbindung kam es ab Mitte der 1990er Jahre ohnehin zu einer moderaten Lohnentwicklung und Ausweitung des Niedriglohnssektors. Ab 2002 wurde diese Tendenz aber mit den „Hartz“-Gesetzen seitens der Politik nochmals verstärkt. Erklärtes Ziel war, durch die Deregulierung des Arbeitsmarkts den Niedriglohnsektor auszuweiten, weswegen auch von der Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns abgesehen wurde.²

Viele deutsche Ökonomen und Ökonomen meinen nun, der Aufbau der Beschäftigung im letzten Aufschwung von 2005 bis 2008 und – in geringerem Maße – die Widerstandsfähigkeit des deutschen Arbeitsmarkts in der darauffolgenden Krise seien maßgeblich auf die Arbeitsmarkt-reformen zurückzuführen (so auch Kohns in diesem Heft). Diese Schlussfolgerungen sind allerdings fragwürdig, wie wir im Folgenden zeigen werden.

3

Beschäftigungsentwicklung im Aufschwungvergleich kaum besser

Um die Effekte der Arbeitsmarkt-reformen auf die Beschäftigungsentwicklung zu bewerten, sind mehrere Zyklenvergleiche für die Aufschwungsphasen vor und nach den Reformen vorgelegt worden (Horn et al. 2007; Logeay/Zwiener 2008; SVR 2007, 2008). Trotz der vielfältigen methodischen Probleme bei der Bestimmung von Zyklen³ und trotz der unterschiedlichen Dauer der beiden untersuchten Zeiträume,⁴ die „den Vergleich der verschiedenen Aufschwungsphasen erschwert“ (SVR 2008, Ziff. 478), und trotz der Ankündigung, die Ergebnisse mit „entsprechender Zurückhaltung“ (ebd.) zu interpretieren, zieht der Sachverständigenrat (SVR) gewagte Schlüsse aus seinem Zyklenvergleich. So wird gefolgert, dass „trotz eines anfänglich verhaltenen Verlaufs die Entwicklung in der aktuellen Aufschwungsphase bei allen betrachteten Kenngrößen deutlich besser als in den beiden vorhergehenden Phasen [ist]“ (ebd. Ziff. 490). Wir finden nicht, dass sich eine solche Interpretation aus den vom SVR vorgelegten Zahlen ergibt.

Obwohl nämlich der letzte Aufschwung mit 13 Quartalen fast doppelt solange dauerte wie der vorige mit sieben Quartalen und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) allein deswegen deutlich stärker wuchs, zeigt die Analyse des SVR, dass die Erwerbstätigkeit im jüngsten Aufschwung kaum stärker stieg als im vorigen (vgl. SVR 2008, S. 288). Die Vollzeitbeschäftigung wuchs über beide Perioden insgesamt ungefähr gleich stark. Einzig die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und das Arbeitsvolumen in Stunden stiegen im zweiten Aufschwung deutlich stärker als im ersten, allerdings vor allem deshalb, weil der zweite Aufschwung eben deutlich länger anhielt. Wird die Beobachtung der Vergleichsgrößen nach sieben Quartalen – der Länge des ersten Aufschwungs – gestoppt, so fällt auch die Entwicklung beim Arbeitsvolumen und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Aufschwung nach den Hartz-Reformen schwächer aus. Die Arbeitsmarkt-entwicklung gewann allerdings in der zweiten Hälfte des Aufschwungs deutlich an Dynamik. Logeay/Zwiener (2008) kommen zu qualitativ gleichen Ergebnissen, ihr Ge-

samturteil fällt aber deutlich kritischer aus als jenes des SVR (2008): „Angesichts eines im Saldo geringeren Arbeitsplatzaufbaus im Vergleich zum vorherigen Aufschwung, einer besseren Arbeitsvolumenentwicklung und einer ähnlichen Entwicklung bei den sozialversicherungspflichtigen Jobs während der ersten elf Quartale zeigen sich insgesamt keine positiven Wirkungen der Arbeitsmarkt-reformen.“ (Logeay/Zwiener 2008, S. 419)

4

Der Arbeitsmarkt in Deutschland und Frankreich im Aufschwungvergleich

In diesem Abschnitt erweitern wir die oben dargestellte Debatte zur Beschäftigungs-

¹ Vgl. hierzu z. B. Baker et al. (2004); Baccaro/Rei (2007). Insbesondere für Deutschland finden bekannte internationale Vergleichsstudien, dass Arbeitsmarkt-institutionen nicht in der Lage sind, die Entwicklung der Arbeitslosigkeit zufriedenstellend zu erklären. Bassanini/Duval (2006, S. 13) konstatieren: „In particular, the gradual pick up in unemployment in Germany since unification is not properly explained by either policy or control variables included in the analysis.“ Analog kommen Nickell et al. (2005, S. 20) zu dem Schluss: „They [changing labour market institutions] explain very little in Finland, Germany, New Zealand.“ Zu ähnlichen Ergebnissen kommt IWF (2003).

² Vgl. hierzu etwa Gerhard Schröder (2005): „Wir haben einen funktionierenden Niedriglohnsektor aufgebaut ...“; Sinn et al. (2009, S. 23): „Der im Zuge der Agenda 2010 gewachsene Niedriglohnsektor ist kein Problem, sondern ein Erfolg der deutschen Politik“; und SVR (2006, Ziff. 547): „Das ... Argument, Mindestlöhne müssten eine weitere Spreizung der qualifikatorischen Lohnstruktur im Niedriglohnbereich verhindern, verkennt und konterkariert die Therapie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Niedriglohnsektor.“

³ Die genaue Datierung der Zyklen ist von den verwendeten Filterverfahren abhängig. Hierbei wird die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in eine Trendkomponente und eine Zykluskomponente zerlegt. Die (relative) Abweichung des BIP vom Trend ergibt dann die (relative) Outputlücke. Der langfristige Wachstumstrend hängt allerdings von der kurzfristigen Konjunkturentwicklung ab (vgl. Horn et al. 2007). Außerdem führt selbst eine einheitliche Filtermethode nicht immer zu eindeutigen Datierungen. Diese haben aber teilweise erheblichen Einfluss auf die Performance während eines Auf- bzw. Abschwungs, da unter Umständen relativ „schwache“ Quartale dem Aufschwung zugeschlagen werden und relativ „starke“ dem Abschwung, oder umgekehrt.

⁴ Der SVR (2008) hat die beiden letzten Aufschwünge auf die Zeiträume vom 2. Quartal 1999 bis zum 1. Quartal 2001 bzw. vom 4. Quartal 2004 bis zum 1. Quartal 2008 datiert.

Tabelle 1: Kennzahlen der Arbeitsmarktentwicklung in den letzten Aufschwüngen für Deutschland, Frankreich und die Euro-12-Länder

Zeitperiode	Deutschland				Frankreich		Euro-12-Länder			
	99:1–01:1	05:2–08:1	99:1–09:4	99:1–00:4	05:2–08:1	99:1–09:4	98:4–00:4	05:2–08:1	98:4–09:4	
ΔBIP (in %)	5,6	8,3	9,5	6,8	6,2	17,1	7,3	7,4	15,8	
ΔErwerbstätige (in %)	2,8	3,6	5,1	4,4	3,1	7,9	4,4	4,4	9,6	
ΔErwerbstätige (in %)/ΔBIP (in %)	0,50	0,43	0,54	0,65	0,51	0,47	0,61	0,60	0,61	
ΔArbeitsvolumen (in %)	0,9	3,9	–1,6	2,0	3,1	3,1	–	–	–	
ΔArbeitsvolumen (in %)/ΔBIP (in %)	0,16	0,47	–0,17	0,29	0,50	0,18	–	–	–	
ΔArbeitslosenquote (in %-Pkt.)	–1,2	–3,1	–1,1	–2,2	–1,6	–0,8	–1,8	–1,7	0,0	
ΔArbeitslosenquote der Geringqualifizierten (in %-Pkt.)	–2,3	–3,0	0,6	–3,9	–0,3	–1,8	–	–0,5	–	
ΔLangzeitarbeitslose in % der Arbeitslosen (in %-Pkt.)	–2,4	–1,7	–4,2	–2,1	–3,3	–2,4	–1,7	–4,8	–11,4	
ΔNAIRU (in %-Pkt.)	0,1	–0,3	0,2	–0,8	–0,4	–1,3	–0,5	–0,4	–0,8	
ΔBevölkerung im erwerbsfähigen Alter (in %)	–0,3	–1,5	–2,2	1,4	1,6	7,5	0,6	1,2	4,4	
ΔGini-Koeffizient (in %-Pkt.) ¹	0	4	5	–1	–2	–1	–1	1	1	

Anmerkungen: preis- und saisonbereinigte Werte; Δ = Änderung; ¹ = Jahresdaten (bis 2008), der Gini-Koeffizient liegt per Konstruktion zwischen 0 (extreme Gleichverteilung) und 100 (extreme Ungleichheit).

Quelle: Eurostat; OECD Economic Outlook; Berechnungen der Autoren.

WSI MITTEILUNGEN

intensität verschiedener Aufschwungphasen um eine Dimension, indem auch die Entwicklung Frankreichs und des Euro-12-Durchschnitts mitbetrachtet werden.⁵ Hierdurch lässt sich der Erfolg oder Misserfolg der jüngsten Arbeitsmarktderegulierungen in Deutschland besser bestimmen.

4.1 FRANKREICH: STRUKTURREFORMEN OHNE ZUNAHME DER EINKOMMENSUNGLEICHHEIT

Frankreich ist wie Deutschland eine große europäische Volkswirtschaft. Der Arbeitsmarkt wurde dort aber im Betrachtungszeitraum nicht in ähnlicher Weise dereguliert, auch die Einkommensverteilung blieb in den letzten zehn Jahren – im Unterschied zu Deutschland – konstant.

Nach der Arbeitsmarktinstitutionen-Datenbank der OECD (verfügbare Daten bis 2003) hat Frankreich einen überdurchschnittlich rigiden Arbeitsmarkt. Nach allen üblicherweise betrachteten Indikatoren, mit Ausnahme der Gewerkschaftsdichte, ist der französische Arbeitsmarkt stärker reguliert als der deutsche. Nicht zuletzt wegen des – im Verhältnis zum Medianlohn – höchsten Mindestlohns innerhalb der OECD ist der französische Niedriglohnsektor im internationalen Vergleich sehr klein (vgl. Bosch 2009), und die Lohnspreizung ist – insbesondere in der unteren Hälfte der Lohnverteilung – sehr gering (vgl. OECD 2008). Dies müsste nach verbreiteter Meinung unter deutschen Ökonomen und Ökonomen zu hoher Arbeitslosigkeit führen (vgl. z. B. SVR 2006;

ifo 2008). Sind rigide Arbeitsmärkte und eine zu hohe Lohnungleichheit Ursachen von Arbeitslosigkeit, so sollte sich der Erfolg der deutschen Arbeitsmarktpolitik somit insbesondere im Vergleich mit Frankreich deutlich zeigen.

Aber auch in Frankreich kam es zu umfassenden Reformen auf dem Arbeitsmarkt. Während in Deutschland die durchschnittliche Arbeitszeit vor allem aufgrund der Ausweitung von (oft prekärer) Teilzeitbeschäftigung sank, wurde in Frankreich ab 1998 schrittweise eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt: die 35-Stunden-Woche. Begleitet wurde dies mit Maßnahmen, die Einbußen in den Monatsentgelten im Niedriglohnbereich verhindern sollten und die resultierende Stundenlohnerhöhung über mehrere Jahre verteilten. Zudem wurde die Kombilohnregelung ausgebaut; es kam zu einer deutlichen steuerfinanzierten Entlastung der Niedrigeinkommen von Sozialversicherungsbeiträgen (vgl. ausführlich: Horn et al. 2008).

4.2 DEUTSCHLAND UND FRANKREICH IM AUFSCHWUNGVergleich

Zur Bestimmung der Aufschwungphasen übernehmen wir das Vorgehen des SVR (2007, 2008). Das Trend-BIP wird durch die Mittlung über vier verschiedene Filterverfahren bestimmt. Ein Aufschwung beginnt dabei wie beim SVR (2007, 2008) beim lokalen Minimum, in dessen Folge sich die relative Outputlücke (also die Abweichung vom tatsächlichen zum Trend-BIP) schließt und mindestens vier Quar-

tale positiv bleibt. Unsere Ergebnisse sind in *Tabelle 1* zusammengefasst.⁶

Abbildung 1a und 1b und *Tabelle 1* zeigen die Entwicklung des realen BIP im ersten und zweiten Aufschwung gemäß unserer Datierung für Deutschland, Frankreich und die Euro-12-Länder. Insgesamt war der erste Aufschwung dynamischer, der zweite Aufschwung dauerte länger.

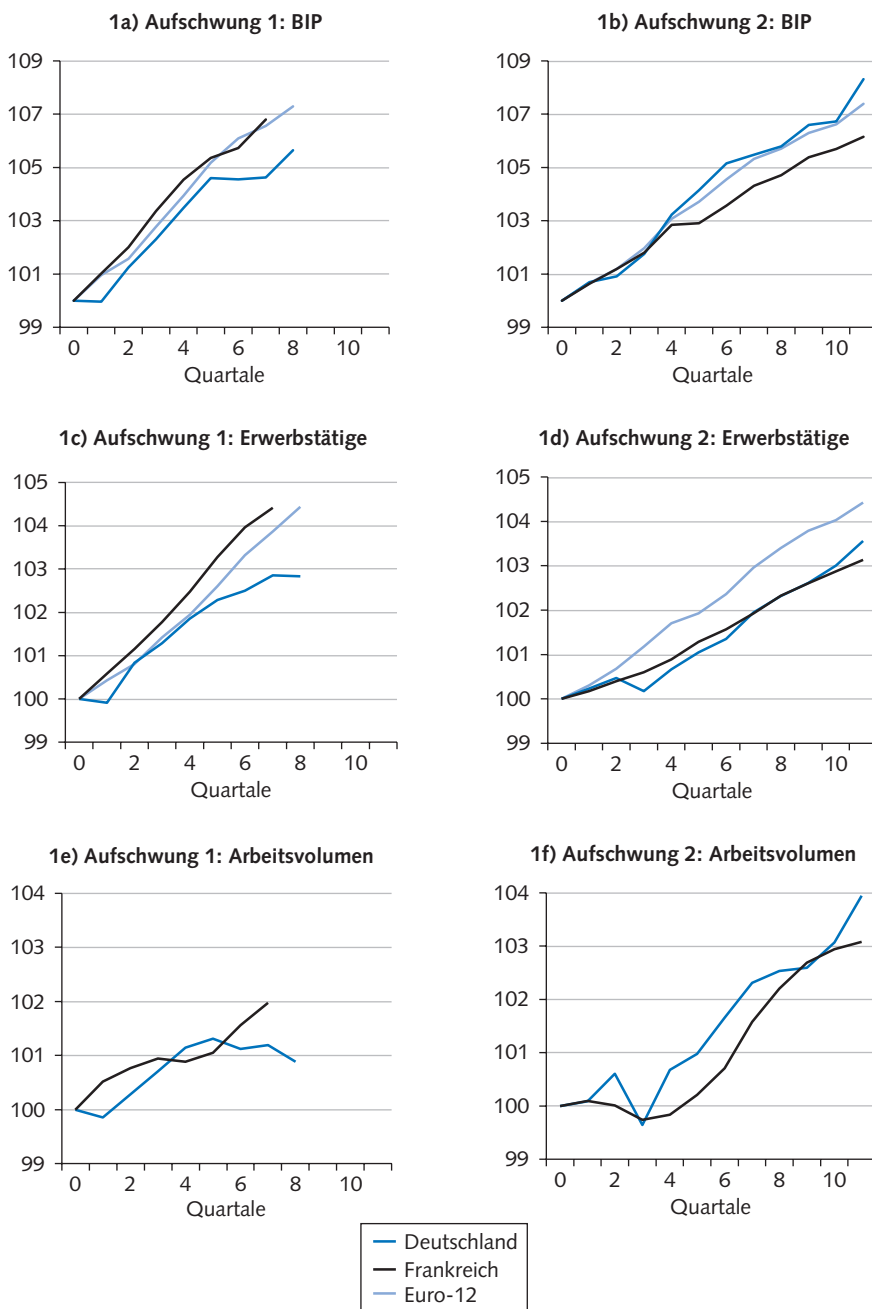
Im ersten hier betrachteten Aufschwung entwickelte sich die Erwerbstätigkeit in Deutschland nicht nur absolut schwächer als in den Vergleichsländern, sondern auch relativ zum (schwächeren) BIP-Wachstum. Besonders dynamisch – auch relativ zum Wachstum – entwickelte sich die Erwerbstätigkeit in Frankreich. So betrug die Relation des prozentualen Anstiegs der Beschäftigung zum prozentualen Anstieg des BIP im ersten Aufschwung 0,61 für die Euro-12-Länder, 0,65 für Frankreich und 0,50 für Deutschland. Eine Ursache für die sehr positive Entwicklung in Frankreich dürfte die allgemeine

⁵ Das sind Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien.

⁶ Die Ergebnisse bleiben qualitativ unverändert, wenn leichte Änderungen bei der Datierung der Aufschwungphasen vorgenommen werden. Da nach unserer Datierung der jüngste Aufschwung in Deutschland zwei Quartale später als bei SVR (2008) und Logeay/Zwiener (2008) beginnt und die Entwicklung der Beschäftigung und des Arbeitsvolumens in diesen Quartalen sehr schlecht war, wirkt sich unsere Datierung im Vergleich zu den früheren Arbeiten positiv auf die Arbeitsmarktentwicklung im zweiten deutschen Aufschwung aus. Herzog-Stein/Seifert (2010) kommen auf aktualisierter Datenbasis zu den gleichen Datierungen wie wir.

Abb. 1: Aufschwungphasen im Ländervergleich

Index 0 = 100



Anmerkungen: preis- bzw. saisonbereinigte Werte; Aufschwung 1: EU-12: 1998:4-2000:4; Deutschland: 1999:1-2001:1; Frankreich: 1999:1-2004:4; Aufschwung 2: EU-12, Deutschland und Frankreich: 2005:2-2008:1.

Quelle: Eurostat; Berechnungen der Autoren.

WSI MITTEILUNGEN

Reduktion der Arbeitszeit gewesen sein, die in Kombination mit Kombi- und Mindestlöhnen Beschäftigung geschaffen hat (vgl. hierzu die in Horn et al. 2008 zitierte Literatur).

Im zweiten Aufschwung stieg die Erwerbstätigkeit in Deutschland nur deswegen stärker als im ersten Aufschwung, weil der zweite Aufschwung länger dauerte: In den ersten acht Quartalen des zweiten

Aufschwungs stieg die Beschäftigung weniger stark an als während des gesamten, acht Quartale langen ersten Aufschwungs (Abbildung 1c und 1d), und dies trotz besserer BIP-Entwicklung. Der Aufschwung nach den Hartz-Reformen war also relativ weniger beschäftigungsintensiv als der vorherige Aufschwung. Insgesamt war die Beschäftigungsintensität des Wachstums in Deutschland in beiden Aufschwüngen

geringer als in Frankreich (und den Euro-12-Staaten).

Wichtiger als die Beschäftigungsintensität des Wachstums in Köpfen – so lässt sich argumentieren – ist die Beschäftigungsintensität in Arbeitsstunden (Abbildung 1e und 1f und Tabelle 1). Insbesondere die schwache Entwicklung in Deutschland im ersten Aufschwung ist auffällig. Im zweiten Aufschwung zeigt sich zwar eine deutlich bessere Entwicklung als im ersten Aufschwung. Kontrolliert um die unterschiedliche BIP-Entwicklung war jedoch auch der zweite Aufschwung etwas weniger beschäftigungsintensiv als in Frankreich. Auch mit Blick auf die Entwicklung des Arbeitsvolumens kann – zumindest im internationalen Vergleich – von einem überragenden deutschen Erfolg keine Rede sein.

Der in der öffentlichen Debatte häufig gefeierte starke Rückgang der Arbeitslosenquote in Deutschland während des zweiten Aufschwungs war tatsächlich außergewöhnlich. Dieser erklärt sich aber nicht, wie gesehen, durch den wenig außergewöhnlichen Beschäftigungsaufbau. Vielmehr war im Aufschwung nach den Arbeitsmarktreformen ein Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials (das im vorigen Aufschwung noch gestiegen war) zu verzeichnen (vgl. Logeay/Zwiener 2008, S. 419f. und Tabelle 1).⁷ Zudem erfolgte eine „sorgfältige Überprüfung des Arbeitslosenstatus“ (div. Monatsberichte der Bundesagentur für Arbeit (BA), zitiert nach Logeay/Zwiener 2008) durch die BA infolge des sprunghaften Anstiegs der Arbeitslosigkeit nach der Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe.

Vom Aufbau eines großen Niedriglohnssektors in Deutschland hatte man sich insbesondere eine niedrigere Arbeitslosenquote der Geringqualifizierten versprochen. Diese ging aber im zweiten Aufschwung – im Unterschied zum ersten – etwas weniger stark zurück als die Arbeitslosenquote insgesamt (Tabelle 1). Bemerkenswert ist vor allem der starke

⁷ Es lässt sich argumentieren, dass das geringe Bevölkerungswachstum auch für die relativ schwache Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung verantwortlich ist. Jedoch spricht viel für die entgegengesetzte Kausalität: So ermöglichte etwa in Spanien ein hohes BIP-Wachstum trotz noch niedrigerer Geburtenrate als in Deutschland ein kräftiges migrationsinduziertes Bevölkerungswachstum bei gleichzeitigem Rückgang der Arbeitslosenquote.

Rückgang in Frankreich während des ersten Aufschwungs. Demnach dürfte der Beschäftigungsaufbau infolge der Arbeitszeitverkürzung insbesondere auch geringqualifizierten zugute gekommen sein.

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen wird häufig als Indikator für die Verkrustung des Arbeitsmarkts betrachtet. Im ersten Aufschwung war demnach Deutschland vergleichsweise erfolgreich bei der Reduktion des Anteils der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen insgesamt (-2,4 Prozentpunkte). Allerdings weist Deutschland mit 51 % im 1. Quartal 1999 auch einen deutlich höheren Anteil an Langzeitarbeitslosen auf als Frankreich mit 39 % im selben Zeitraum. Im zweiten Aufschwung war Deutschland bei der Reduktion der Langzeitarbeitslosigkeit nicht nur deutlich weniger erfolgreich als Frankreich und der Euro-12-Durchschnitt, sondern auch weniger erfolgreich als im vorigen Aufschwung.

Zuweilen wird von Reform-Befürworterinnen und -Befürwortern argumentiert, der Erfolg der Reformen sei darin sichtbar, dass die strukturelle Arbeitslosigkeit (NAIRU) seit 2005 sinke. Wir halten nicht viel von NAIRU-Schätzungen, weil sie im Wesentlichen den Verlauf der tatsächlichen Arbeitslosigkeit nachzeichnen (vgl. z.B. Horn/Logeay/Tober 2007). Wegen des Interesses einiger Ökonominen und Ökonomen an dieser modifizierten Trendarbeitslosenquote weisen wir aber in *Tabelle 1* die von der OECD berechneten NAIRUs aus. Demnach entwickelte sich die NAIRU in Deutschland im zweiten Aufschwung (-0,3 Prozentpunkte) tatsächlich deutlich besser als im ersten Aufschwung (+0,1 Prozentpunkte). Einen weitaus stärkeren Rückgang der NAIRU verzeichnete aber Frankreich im ersten Aufschwung (-0,8 Prozentpunkte). Und auch im zweiten Aufschwung gelang es Frankreich und den Euro-12-Ländern, die NAIRU stärker zu reduzieren als Deutschland. Anhängerinnen und Anhänger des NAIRU-Konzepts müssten sich auf Grundlage der OECD-Daten dem Einwand stellen, dass etwa eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung wie in Frankreich besser dazu geeignet sein könnte, die strukturelle Arbeitslosigkeit zu reduzieren, als Strukturreformen, wie sie unter hohen sozialen Kosten in Deutschland durchgeführt worden sind.

Bisher wurde allein die Arbeitsmarktentwicklung – bei gegebenem BIP-Wachstum – betrachtet. Schon auf Grundlage

dieser engen Perspektive sind erhebliche Zweifel an der Alternativlosigkeit der deutschen Arbeitsmarktpolitik anzumelden. In anderen, vergleichbaren Ländern ist es nämlich offenbar gelungen, die Arbeitslosigkeit ohne eine massive Ausweitung des Niedriglohnssektors und einen vermehrten Druck auf Arbeitslose zu reduzieren. Damit konnten deutliche Einschnitte in die Lebensqualität vieler Betroffenen vermieden werden.

Letztlich ist aber fraglich, ob Zyklenvergleiche, die allein auf die Situation am Arbeitsmarkt fokussieren, geeignet sind, den Erfolg oder Misserfolg der Arbeitsmarktderegulierung in Deutschland zu beurteilen. Denn die eigentlich relevante Frage ist nicht (allein), ob bei gegebener BIP-Entwicklung mehr Beschäftigung geschaffen wurde als früher (also die Beschäftigungsschwelle und die Durchschnittsproduktivität gesenkt wurden). Entscheidend ist vielmehr zum einen, ob die Reformen das Wachstum insgesamt unterstützt haben und in der Folge mehr Arbeitsplätze entstanden sind; zum anderen, ob das so geschaffene Wachstumsmodell dauerhaft tragfähig ist.

5

Erfolge in der Krise sind nicht Resultat der Arbeitsmarktreformen

Zuweilen wird argumentiert, die robuste Verfasstheit des deutschen Arbeitsmarkts in der Krise sei Resultat der Arbeitsmarktreformen (so auch Kohns in diesem Heft). Diese Argumentation ist aber irreführend. Denn Intention der Arbeitsmarktderegulierung war es, die (externe) Flexibilität des Arbeitsmarkts zu erhöhen, d.h. die Möglichkeiten der Unternehmen zu verbessern, ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schnell entlassen und schnell neu einstellen zu können. Dies hätte aber, für sich genommen, zu einem deutlicheren Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Krise führen müssen, wie etwa in den USA oder Großbritannien, wo der Beschäftigungsschutz sehr viel geringer ist als in Deutschland.

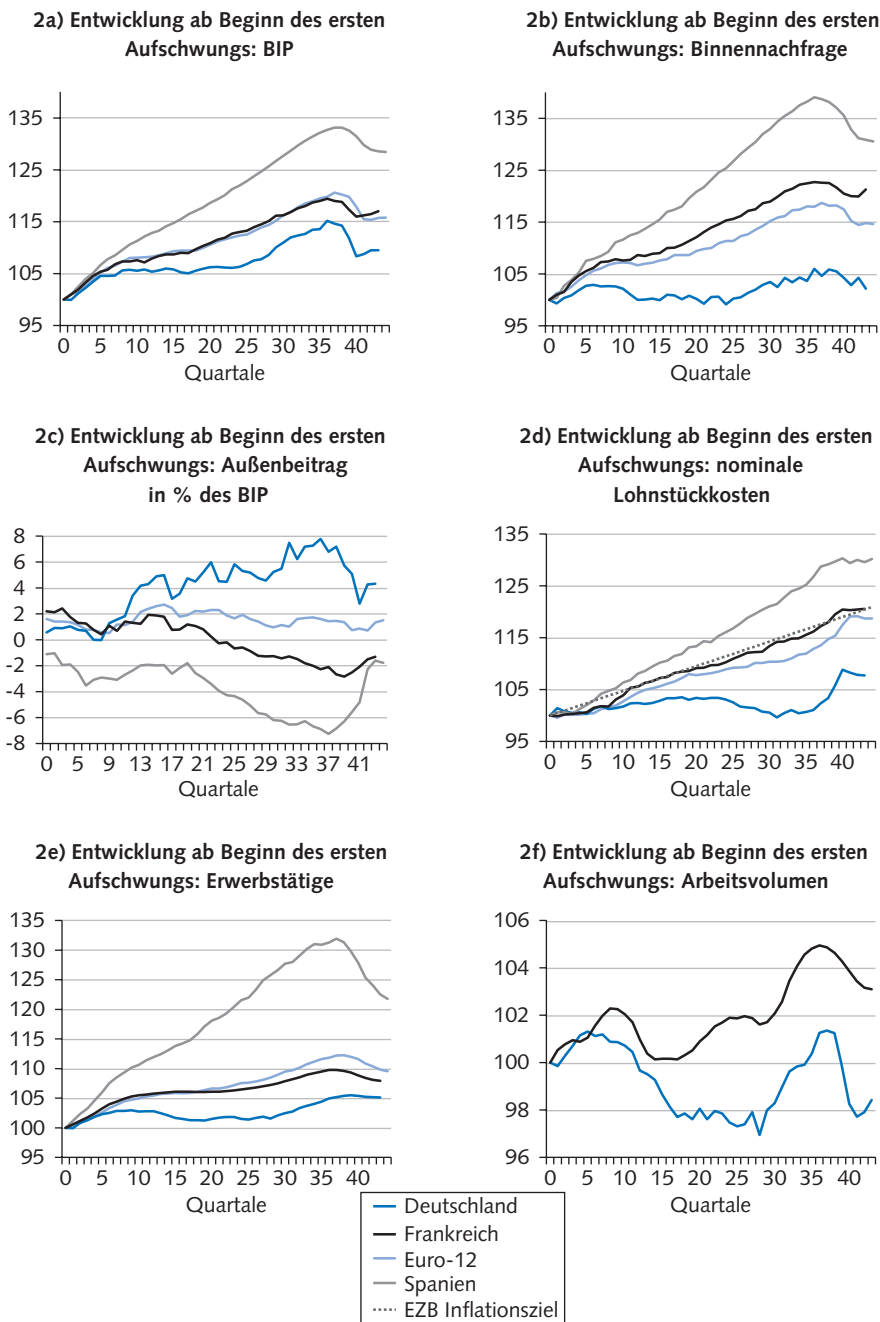
Tatsächlich aber ist die Beschäftigung in der Krise zum allergrößten Teil durch den – von den Tarifparteien schon ab Ende der 1990er Jahre vereinbarten – verbreiteten Einsatz von Arbeitszeitkonten und durch die extensive Nutzung der ausgewei-

teten Kurzarbeiterregelung gesichert worden (vgl. hierzu ausführlich Herzog-Stein/Seifert 2010; Möller 2010). Die erfolgreiche Anwendung dieser Instrumente bedarf aber gerade einer gewissen „Rigidität“ des Arbeitsmarkts mit einer funktionierenden Sozialpartnerschaft und stabilen Verhältnissen zwischen Beschäftigten und Arbeitgebern (Hall/Soskice 2001).

Dass die Unternehmen im jüngsten Abschwung auch eine ungewöhnlich schwache Entwicklung der Stundenproduktivität und damit einen starken Anstieg der Lohnstückkosten hingenommen haben, könnte aber – neben dem befürchteten Fachkräftemangel – auch daran liegen, dass sie im vorangehenden Aufschwung ein Gewinnpolster aufbauen konnten, weil der Verteilungsspielraum nie ausgeschöpft wurde: „Die im Rahmen der ‚Agenda 2010‘ umgesetzten Arbeitsmarktreformen trugen in den vergangenen Jahren zu einer beispiellosen Lohnzurückhaltung bei. Da in den meisten anderen Ländern eine vergleichbare Entwicklung nicht zu beobachten war, verbesserte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen im Ausland, was wiederum den deutschen Außenbeitrag stimulierte und so maßgeblich zu dem zurückliegenden Aufschwung beitrug“ (Boss et al. 2009, S. 21). Demnach, so wird vielfach geschlossen, sei die durch die Deregulierung des Arbeitsmarkts verstärkte Lohnmoderation verantwortlich für die Erfolge bei der Beschäftigungssicherung in der Krise.

Diese Argumentation greift aber zu kurz, sie betrachtet allein die positiven Aspekte der Lohnmoderation und verdrängt die negativen. Denn die ausgeprägte Lohnzurückhaltung (auch im Aufschwung), die durch die Arbeitsmarktreformen befördert wurde, ging einher mit stagnierendem Konsum, einer deutlichen Zunahme der Ungleichheit und einseitiger Exportorientierung. Letztere war mit einer stark steigenden Auslandsverschuldung der wichtigsten Handelspartner kombiniert, welche eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Krise ist. Ein systematischer Zusammenhang ist aus unserer Sicht naheliegend, wie wir im folgenden Abschnitt zeigen werden. Angesichts der makroökonomischen Kollateralschäden des deutschen Geschäftsmodells ist es völlig verkürzt, die positive Entwicklung des deutschen Arbeitsmarkts in der Krise seit 2008 als Erfolg der Arbeitsmarktreformen zu verbuchen.

Abb. 2: Makroökonomische Entwicklung im Ländervergleich
Index 0 = 100



Anmerkungen: preis- bzw. saisonbereinigte Werte; Beginn des ersten Aufschwungs: EU-12: 1998:4, Deutschland: 1999:1, Frankreich: 1999:1, Spanien: 1998: 4. In Abb. 2d) wurde zur Orientierung das Inflationsziel der EZB eingezeichnet. Zu beachten ist, dass die Lohnstückkosten zwar in engem Zusammenhang mit der Inflation stehen, diese aber auch von anderen, exogenen Faktoren (Energiepreise etc.) beeinflusst wird.
Quelle: Eurostat; Berechnungen der Autoren.

WSI MITTEILUNGEN

6 Makroökonomische Implikationen der Deregulierung

In den Jahren 2002-2004 – also vor der zur aktuellen Krise beitragenden Eskalation der außenwirtschaftlichen Ungleichge-

wichte in Europa und weltweit – entwickelten sich Wachstum und Beschäftigung in Deutschland im internationalen Vergleich katastrophal. Da die politische Umsetzung einschneidender institutioneller Änderungen auf dem Arbeitsmarkt und in den Sozialsystemen bereits ab 2002 einen erheblichen Einfluss insbesondere auf die Lohnsetzung und das Konsumentenverhalten gehabt haben dürfte, kann eine Ge-

samtbilanz der deutschen Deregulierungspolitik nicht ohne Berücksichtigung dieser Periode auskommen.

Über die Beschäftigungsentwicklung hinaus werfen wir im nächsten Abschnitt einen genaueren Blick auf die makroökonomische Entwicklung und insbesondere die Lohnentwicklung in Deutschland im Vergleich mit anderen ausgewählten Euro-Ländern. Wir betrachten neben der Entwicklung in Deutschland und Frankreich auch jene in Spanien seit Beginn des ersten Aufschwungs bis zum aktuellen Rand. Der Beginn des ersten Aufschwungs wurde für die betrachteten Länder mit dem 4. Quartal 1998 bzw. dem 1. Quartal 1999 bestimmt und fällt somit mit dem Beginn der Währungsunion zusammen. Während die Lohnentwicklung in Frankreich seit Gründung der Währungsunion stabilitätsgerecht war, haben die Fehlentwicklungen in Deutschland und Spanien die Stabilität des Euroraums auf unterschiedliche Weise schwer belastet.

6.1 SCHLECHTE MAKRO-ÖKONOMISCHE PERFORMANCE IN DEUTSCHLAND

Im Untersuchungszeitraum weist Deutschland das geringste Wirtschaftswachstum unter den betrachteten Länder(gruppe)n auf (Abbildung 2a). Besonders auffällig ist die sehr schwache Entwicklung der Binnennachfrage in Deutschland, die über den gesamten betrachteten Zeitraum von 44 Quartalen preisbereinigt fast völlig stagnierte (Abbildung 2b), während das reale BIP immerhin um 10 % wuchs. Im Durchschnitt der Euro-12-Länder war die reale Binnennachfrage am Ende des betrachteten Zeitraums um 15 % höher als zu Beginn des Beobachtungszeitraums (BIP +16%), in Frankreich sogar um über 20 % (BIP +17 %). In Deutschland hingegen kamen – bei stagnierendem Konsum – Wachstumsimpulse überwiegend aus dem Ausland.⁸ Im Ergebnis verbesserte sich der Außenbeitrag von nahe 0 % des BIP im

⁸ Zuweilen wird argumentiert, die Lohnzurückhaltung und Exportorientierung ab 1999 sei eine adäquate Reaktion darauf, dass Deutschland überbewertet in den Euro eingetreten ist. Es ist aber unklar, welches Kriterium hierfür herangezogen werden soll. Eine Schätzung des SVR ergibt jedenfalls, dass der reale effektive Wechselkurs Deutschlands im Jahr 1999 mit dem fundamental determinierten Wechselkurs übereinstimmte und folglich keine Überbewertung vorlag (vgl. SVR 2004, Zf. 840ff.).

Jahr 2000 auf fast 8 % unmittelbar vor Ausbruch der aktuellen Krise (*Abbildung 2c*).

Ebenfalls bemerkenswert ist die äußerst schwache Lohnentwicklung in Deutschland. Diese schlug sich sowohl in kaum mehr steigenden nominalen Lohnstückkosten (*Abbildung 2d*) als auch in weitgehend stagnierenden realen Arbeitnehmerentgelten nieder. Selbst während des Aufschwungs ab 2004/05 sind die Real-löhne trotz Rückgangs der Arbeitslosigkeit zeitweise gesunken (vgl. Logeay/Zwiener 2008; Brenke 2009). Gleichzeitig kam es in Deutschland zu einer starken Zunahme der Einkommensungleichheit. Der Gini-Koeffizient stieg um fünf Punkte, von 25 auf 30, während er im Euro-12-Durchschnitt nur um einen Punkt, von 29 auf 30, stieg (*Tabelle 1*). Auch die Lohnspreizung nahm stark zu,⁹ und der Niedriglohnsektor wuchs kräftig (vgl. Brenke 2007; OECD 2008; Bosch et al. 2008).

Vor diesem Hintergrund liegt der Schluss nahe, dass die verschärfte Deregulierung des Arbeitsmarkts ab 2002 eine wichtige Rolle sowohl für die schlechte Lohn- und Verteilungsentwicklung als auch für die extreme Exportorientierung in Deutschland gespielt hat (vgl. z.B. Boss et al. 2009, S. 21; Joebges et al. 2009). Zugleich besteht ein klarer Zusammenhang zwischen der Deregulierung des Arbeitsmarkts und der stark steigenden Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse einerseits und der über weite Strecken stagnierenden Konsumnachfrage andererseits. So stieg die Sparquote der privaten Haushalte seit 2002 gegen den historischen und internationalen Trend wieder an. Etwa ein Drittel bis die Hälfte des Anstiegs der Sparquote lassen sich durch die Umverteilung von Einkommen zugunsten der reichen Haushalte erklären, die überproportional viel sparen (Meinhardt et al. 2009). Zugleich dürften die Reformen auf dem Arbeitsmarkt bzw. deren Antizipation durch die Bevölkerung ab 2002 – im Zusammenspiel mit der gleichzeitigen Teilprivatisierung der gesetzlichen Rentenversicherung – zur Verunsicherung und Konsumzurückhaltung der privaten Haushalte beigetragen haben (Klär/Slaca-
lek 2006; Meinhardt et al. 2009). Neben einer vor allem in den Jahren 2003–2005 restriktiv-prozyklischen Fiskalpolitik (vgl. hierzu Hein/Truger 2009) erklärt dies die lange Stagnationsphase in Deutschland von 2001 bis 2005. Auch die privaten Investitionen entwickelten sich bis zum Be-

ginn des von der guten Weltkonjunktur entfachten Aufschwungs Anfang 2005 äußerst schlecht. Die Gesamtbetrachtung deutet deutlich darauf hin, dass die im internationalen Vergleich außergewöhnlich lange Stagnationsphase ab 2001 auch ein Ergebnis der Arbeitsmarktreformen und der Agenda 2010 war. Diese Abschwungphase war wirtschaftlich wie sozial sehr kostspielig, und die Beschäftigungsentwicklung war katastrophal (*Abbildungen 2a, 2e und 2f*).

6.2 DEUTSCHE EXPORTABHÄNGIGKEIT: EINE GEFAHR FÜR DIE EUROPÄISCHE WÄHRUNGSGEMEINSCHAFT

Selbst die verhältnismäßig kräftige Wachstumsentwicklung während des Aufschwungs ab 2005 ist aber im Lichte der aktuellen Krise des Euro-Raums sehr kritisch zu bewerten. Denn auch während des Aufschwungs wurde das Wachstum in Deutschland vor allem von der kräftigen Exportnachfrage, insbesondere aus dem europäischen Ausland, getrieben.¹⁰ So wird international immer wieder betont, dass Deutschland Mitverantwortung an den gegenwärtigen Zahlungsproblemen der Länder im Euroraum mit hohen Leistungsbilanzdefiziten trägt (vgl. z.B. Fitoussi 2010; Giavazzi 2010; Posen 2010; Stiglitz 2010).

Natürlich spricht nichts dagegen, dass Deutschland hohe Exporte erzielt. Das Problem sind systematische Export- und Leistungsbilanzüberschüsse, die aus einer im Vergleich mit dem Ausland zu schwachen binnenwirtschaftlichen Entwicklung und somit zu geringen Importen resultieren. Da die Leistungsbilanz des Euroraums insgesamt seit Gründung der Währungsunion 1999 zumeist nahezu ausgeglichen war,¹¹ gingen die deutschen Überschüsse notwendigerweise mit hohen Defiziten und steigender Verschuldung anderer Länder wie etwa Spaniens einher (*Abbildung 2c*).

Von entscheidender Bedeutung für die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte im Euroraum war die sehr unterschiedliche Entwicklung der nominalen Lohnstückkosten, welche die entscheidende Bestimmungsgröße für die Preisinflation sind (vgl. Zemanek et al. 2009). Zwischen 1999 und 2007 stiegen die Lohnstückkosten in Deutschland nur um 1,8 %, während sie in Griechenland, Portugal und Spanien zwischen 28 % und 30 % zunahmen. Das

Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) implizierte für den gleichen Zeitraum einen Preisanstieg um etwa 18 %, die Lohnentwicklung in Deutschland war also in dieser Hinsicht in noch größerem Ausmaß stabilitätswidrig als etwa in Spanien (*Abbildung 2d*). Die zu niedrigen Inflationsraten in Deutschland führten neben der Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zu überhöhten Realzinsen, die wiederum die binnenwirtschaftliche Nachfrage schwächten. In Spanien und anderen Ländern mit hohen Leistungsbilanzdefiziten war die Entwicklung spiegelbildlich. Doch bei allen wirtschaftspolitischen Fehlern, die in den Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten gemacht worden sein mögen, gilt: Eine Währungsunion, in der das mit Abstand größte Mitgliedsland¹² eine derart auf hohe Exportüberschüsse fixierte Wachstumsstrategie verfolgt und kaum zur binnenwirtschaftlichen Nachfrage beiträgt,¹³ kann auf Dauer nicht funktionieren (vgl. hierzu ausführlicher Horn et al. 2009; Brecht et al. 2010).

6.3 EINE ANDERE WACHSTUMSSTRATEGIE IST MÖGLICH

Dass eine besser balancierte Wachstumsentwicklung mit besserer Beschäftigungs- und Verteilungsentwicklung möglich ist, zeigt das Beispiel Frankreichs

⁹ Nach Daten der OECD liegt 2005 die Lohnspreizung der Bruttovollzeitlehne im unteren Segment in Deutschland auf ähnlichem Niveau wie in den angelsächsischen Ländern, sie ist sogar ausgeprägter als in Irland und Großbritannien und liegt deutlich über dem Durchschnitt von 22 OECD-Ländern.

¹⁰ Über 60 % der deutschen Exporte gehen in die EU, über 40 % in den Euroraum.

¹¹ Verschiedentlich wird argumentiert, dass der Euroraum insgesamt infolge seiner alternden Bevölkerung einen Leistungsbilanzüberschuss erzielen müsse, um einen Vermögensstock aufzubauen, dessen Erträge bzw. dessen Abbau in der Zukunft den Lebensstandard der Rentner sichert. Allerdings gibt es wenige Länder, deren demografische Entwicklung anders gerichtet ist; auch in China beispielsweise nimmt der Anteil der Rentner zu. Die bereits in der Vergangenheit zu verzeichnenden Krisen von Ländern mit entsprechenden Leistungsbilanzdefiziten und steigender Auslandsverschuldung zeigen zudem, wie unsicher derartige Anlagen sind.

¹² Auf Deutschland entfallen etwa 25 % des Euroraum-BIP.

¹³ Deutschland ist das einzige Land im Euroraum, wo die Nettoexporte zwischen 1999 und 2007 im Durchschnitt mehr zum BIP-Wachstum beitrugen als die binnenwirtschaftlichen Sektoren zusammen.

(vgl. hierzu auch Horn et al. 2008). Vom 1. Quartal 1999 bis zum 1. Quartal 2008 stiegen die nominalen Lohnstückkosten hier um 16 %. Diese Entwicklung stand voll im Einklang mit dem Inflationsziel der EZB. Die französische Außenhandelsbilanz war über diesen Zeitraum relativ ausgeglichen, in der ersten Hälfte leicht positiv, in der zweiten leicht negativ. Die Binnennachfrage entwickelte sich kräftig. Von 1999 bis 2007 blieb die Lohnquote nahezu konstant (–0,7 Prozentpunkte). Die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen verschärfte sich entgegen dem internationalen Trend nicht: Der Gini-Koeffizient sank sogar von 1999 bis 2007 um drei Prozentpunkte (ist aber seit Krisenbeginn wieder um zwei Punkte gestiegen).

Eine stärkere binnenwirtschaftliche Ausrichtung Deutschlands mit besserer Lohnentwicklung hätte sowohl zu höherem Wachstum im Inland (vgl. Joebges et al. 2009) als auch zu mehr Stabilität im Euroraum beigetragen.

7 Fazit

Die Phase der Lohnmoderation und des exportorientierten Wachstumsmodells in Deutschland war nicht erfolgreich, weder

für Deutschland noch für den Euroraum. Auch wenn die Arbeitsmarktreformen des vergangenen Jahrzehnts die Vermittlungseffizienz des Arbeitsmarkts erhöht haben mögen, schwächten sie doch auch die Lohnverhandlungsmacht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusätzlich. Es wurde versucht, das Problem der Arbeitslosigkeit durch mehr Druck auf die Löhne zu lösen. Die Politik und ihre Berater folgten dabei dem damaligen Deregulierungsdogma der OECD, welches die angelsächsischen Arbeitsmärkte als überlegen klassifizierte.¹⁴ Deutschland näherte sich dem liberalen, marktorientierten Modell an (Ebbinghaus/Eichhorst 2009, S. 141).

Mittlerweile ist die OECD von dieser einseitigen Propagierung flexibler Arbeitsmärkte wieder abgerückt und betont, „that there is not a single road for achieving good employment performance“ (OECD 2006, S. 192). Denn etwa die nordeuropäischen Länder erreichen nicht nur genauso niedrige Arbeitslosenraten wie die angelsächsischen Länder, sondern sind auch wesentlich erfolgreicher in der Bekämpfung von Armut und Ungleichheit. Auch die Entwicklung Frankreichs zeigt, dass es durchaus Alternativen zum deutschen Entwicklungspfad gibt. Das deutsche Arbeitsmarktmodell ist im internationalen Vergleich nicht besonders herausragend

bei der Schaffung von Beschäftigung, aber hinderlich für die Wachstumsentwicklung in Deutschland und inkompatibel mit einer stabilen ökonomischen Entwicklung des Euroraums. Ein wichtiger erster Schritt hin zu einer Normalisierung des deutschen Wachstumsmodells wären Lohnabschlüsse, die den Verteilungsspielraum ausnutzen. Dies sollte von der Politik durch diverse Maßnahmen unterstützt werden, wie beispielsweise

- ein vermehrtes Gebrauchmachen vom Instrument der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifabschlüssen;
- eine Normalisierung der Beschäftigungs- und Lohnentwicklung im öffentlichen Sektor;
- die stärkere Beförderung von Lohnstandards im Rahmen des Vergaberechts;
- die „Ergänzung“ der Arbeitsmarktreformen um einen Mindestlohn;
- die Eindämmung der Leiharbeit;
- und höhere Regelsätze für das Arbeitslosengeld II.

¹⁴ Dies war die Einschätzung der OECD vor der aktuellen Krise, als die USA und Großbritannien noch als Vorzeigewirtschaften gehandelt wurden und durch geringe Arbeitslosigkeit herausstachen.

LITERATUR

Baccaro, L./Rei, D. (2007): Institutional Determinants of Unemployment in OECD Countries: Does the deregulatory view hold water?, in: International Organization 4, S. 527–569

Bach, S./Steiner, V. (2007): Zunehmende Ungleichheit der Markteinkommen: Reale Zuwächse nur für Reiche, in: DIW Wochenbericht 13, S. 193–198

Baker, D./Glyn, A./Howell, D./Schmitt, J. (2004): Unemployment and Labor Market Institutions: The Failure of the Empirical Case for Deregulation, ILO Working Paper 43

Bassanini, A./Duval, R. (2006): The Determinants of Unemployment Across OECD Countries: Reassessing the Role of Policies and Institutions, in: OECD Economic Studies 42, S. 7–86

Bispinck, R./Schulten, T. (2009): Re-Stabilisierung des deutschen Flächentarifvertragssystems, in: WSI Mitteilungen 4, S. 210–217

Bosch, G./Kalina, T./Weinkopf, C. (2008): Niedriglohnbeschäftigte auf der Verliererseite, in: WSI-Mitteilungen 8, S. 423–430

Bosch, G. (2009): Low-wage work in five European countries and the United States, in: International Labour Review 4, S. 337–356

Boss, A./Dovern, J./Groll, D./Meier C.-P./van Roye, B./Scheide, J. (2009): Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Winter 2009, Kieler Diskussionsbeiträge 470/471

Brecht, M./Tober, S./van Treeck, T./Truger, A. (2010): Squaring the circle in Euroland? Some remarks on the Stability and Convergence Programmes 2010–2013, IMK Working Paper 3

Brenke, K. (2007): Zunehmende Lohnspreizung in Deutschland, in: DIW Wochenbericht 6, S. 73–79

Brenke, K. (2009): Reallöhne in Deutschland über mehrere Jahre rückläufig, in: DIW-Wochenbericht 33, S. 550–560

Ebbinghaus, B./Eichhorst, W. (2009): Germany, in: de Beer, P./Schils, T. (Hrsg.): The Labour Market Triangle – Employment Protection, Unemployment Compensation and Activation in Europe, Cheltenham, S. 119–144

Eichhorst, W./Marx, P./Thode, E. (2009): Arbeitsmarkt und Beschäftigung in Deutschland 2000–2009, hrsg. von der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

- Fitoussi J.-P.** (2010): Rezepte gegen den Exportexzess, Interview in der Financial Times Deutschland (FTD) am 7. April
- Giavazzi, F.** (2010): Germany's trade surplus and investments in southern Europe, <http://www.voxeu.org/index.php?q=node/4911> (2010-05-19)
- Grabka, M., Frick, J.** (2010): Weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland: Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen, in: DIW Wochenbericht 7, S. 2–11.
- Hall, P./Soskice, D.** (2001): Varieties of Capitalism – The Institutional Foundations of Comparative Advantage, Oxford
- Hein, E./Truger, A.** (2009): How to Fight (or Not to Fight) a Slowdown, in: Challenge 3, S. 52–75
- Herzog-Stein, A./Seifert, H.** (2010): Deutsches „Beschäftigungswunder“ und flexible Arbeitszeiten, WSI-Diskussionspapier 169
- Horn, G./Dröge, K./Sturn, S./van Treeck, T./Zwiener, R.** (2009): Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III) – Die Rolle der Ungleichheit, IMK Report 41
- Horn, G./Joebges, H./Logeay, C./Sturn, S.** (2008): Frankreich: Ein Vorbild für Deutschland? Ein Vergleich wirtschaftspolitischer Strategien mit und ohne Mindestlohn, IMK Report 31
- Horn, G./Logeay, C./Stapf, D.** (2007): Viel Lärm um nichts? Arbeitsmarktreformen zeigen im Aufschwung bisher kaum Wirkung, IMK Report 20
- Horn, G./Logeay, C./Tober, S.** (2007): Methodological Issues of Medium-Term Macroeconomic Projections – The Case of Potential Output, IMK Studies 4
- Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (ifo)** (2008): Schutz vor Niedriglöhnen oder Arbeitsplatzvernichter: Für und wider die Festsetzung eines gesetzlichen Mindestlohns, ifo Schnelldienst 6
- Internationaler Währungsfonds (IWF)** (2003): World Economic Outlook: Unemployment and labor market institutions: Why reforms pay off, Kapitel 4, Washington, D. C.
- Joebges, H./Schmalzbauer, A./Zwiener, R.** (2009): Der Preis für den Exportweltmeister Deutschland: Reallohnrückgang und geringes Wirtschaftswachstum, IMK Studies 4
- Klär, E./Slacalek, J.** (2006): Entwicklung der Sparquote in Deutschland: Hindernis für die Erholung der Konsumnachfrage, Wochenbericht des DIW 40
- Layard, R./Nickell, S./Jackman, R.** (1991): Unemployment. Macroeconomic Performance and the Labour Market. Oxford University Press
- Logeay, C./Zwiener, R.** (2008): Deutliche Realeinkommensverluste für Arbeitnehmer: Die neue Dimension eines Aufschwungs, in: WSI-Mitteilungen 8, S. 415–422
- Meinhardt, V./Rietzler, K./Zwiener, R.** (2009): Konjunktur und Rentenversicherung – gegenseitige Abhängigkeiten und mögliche Veränderungen durch diskretionäre Maßnahmen, Forschungsbericht im Auftrag Deutsche Rentenversicherung Bund, IMK Studies 3
- Möller, J.** (2010): The German labor market response in the world recession – de-mystifying a miracle, in: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung 4, S. 325–336
- Nickell, S./Nunziata, L./Ochel, W.** (2005): Unemployment in the OECD since the 1960s. What do we know?, in: The Economic Journal 500, S. 1–27
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)** (2006): Employment Outlook: Boosting Jobs and Incomes, Paris
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)** (2008): Growing unequal? Income distribution and poverty in OECD countries, Paris
- Posen A.** (2010): Rezepte gegen den Exportexzess, Interview in der Financial Times Deutschland (FTD) am 7. April
- Sinn, H.-W.** (2004): Ist Deutschland noch zu retten?, München
- Sinn, H.-W./Geis, W./Holzner, C.** (2009): Die Agenda 2010 und die Armutsgefährdung, in: ifo Schnelldienst 17, S. 23–27
- Schröder, G.** (2005): Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem World Economic Forum in Davos, <http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/91/780791/multi.htm> (2010-05-19)
- Stiglitz, J.** (2010): Kann der Euro gerettet werden?, <http://www.project-syndicate.org/commentary/stiglitz125/German> (2010-05-19)
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)** (1999): Wirtschaftspolitik unter Reformdruck, Jahresgutachten 1999/2000, Wiesbaden
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)** (2000): Chancen auf einen höheren Wachstumspfad, Jahresgutachten 2000/01, Wiesbaden
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)** (2004): Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland, Jahresgutachten 2004/05, Wiesbaden
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)** (2006): Widerstreitende Interessen – Ungenutzte Chancen, Jahresgutachten 2006/07, Wiesbaden
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)** (2007): Das Erreichte nicht verspielen, Jahresgutachten 2007/08, Wiesbaden
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)** (2008): Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken, Jahresgutachten 2008/09, Wiesbaden
- Zemanek, H./Belke, A./Schnabl, G.** (2009): Current Account Imbalances and Structural Adjustment in the Euro Area: How to Rebalance Competitiveness, DIW Discussion Papers 895